



## «Ein Minderheitenschutz oder eine Quote wären im Verfassungsrat nicht mehrheitsfähig»

Wo steht der Verfassungsrat zwei Jahre nach Arbeitsantritt? Wie gefällt den Bürgerlichen dessen wenig konservative Richtung, und werden die welschen Kollegen das Oberwallis tatsächlich komplett übergehen? Ein Gespräch.



German Eyer, SPO: «Im falschen Film.»



Flavio Schmid, CSPO: «Kantonale Einheit statt Lippenbekenntnisse.»

### Interview: Fabio Pacozzi

Der Verfassungsrat geht in die Halbzeitpause. Ein erster Wurf liegt vor, nun sollen in einer Vernehmlassung Parteien, Verbände, Gemeinden und weitere Akteure ihre Meinung zur angedachten neuen Kantonsverfassung abgeben. In gut zwei Jahren muss ein fertiger Vorschlag auf dem Tisch liegen, über den dann das Walliser Stimmvolk befinden wird. Der WB hat die Fraktionschefs der vier Oberwalliser Parteien zum Pausentee geladen.

**Es fällt auf, dass mit Matteo Abächerli, Flavio Schmid und Michael Kreuzer drei doch recht junge Politiker als Fraktionschefs amtieren. Erachten die alten Hasen den Verfassungsrat als zu wenig wichtig, um dieses Amt selbst auszuüben?**

**Flavio Schmid:** Die Fraktion durch Daniela Zurbruggen Lehner als Vizefraktionschefin und mich als Fraktionschef anzuführen, war ein bewusster Entscheid. Dies war ein klares Bekenntnis zu uns Jungen und ein Zeichen für die Zukunft. Ein Argument war dabei sicherlich auch,

dass die Aufgabe darin besteht, eine Verfassung für die künftigen Generationen zu schreiben.

**Persönlich scheint das Mandat ganz nützlich zu sein. Kürzlich wurden Sie in den Visper Gemeinderat und Kollege Amacker zum neuen SVPO-Parteipräsidenten gewählt. Ist der Verfassungsrat ein Sprungbrett für Jungpolitiker?**

**Flavio Schmid:** Dass wir im Verfassungsrat die Chance haben, uns mit dem Aufbau der Walliser Gesellschaft auseinanderzusetzen, ist ein Privileg. Man lernt von der Pike auf, wie sich ein Staat zusammensetzt, was wichtig und was weniger wichtig ist, welche Aufgaben der Bund, der Kanton und welche die Gemeinden haben. Ja, es ist durchaus denkbar, dass der Verfassungsrat als Sprungbrett für weitere Engagements dienen kann.

**Matteo Abächerli:** Wer in ein bereits bestehendes Gremium gewählt wird, findet sich in vorgegebenen Strukturen wieder und lernt von anderen, wie es läuft. Hier aber kamen 130 Leute frisch

in denselben Rat. Das gab auch uns Jungen die Chance, von Beginn an Verantwortung zu übernehmen und aktiv mitzuwirken. Eine solche Möglichkeit hat man in anderen Gremien wohl nicht.

**Ein Unterschied zu einem normalen Parlament sei auch, dass hier die «Zivilgesellschaft» zusammenkomme – warben damals zumindest die Befürworter des Verfassungsrats. Ist der Rat denn tatsächlich «ziviler» und weniger verpolitisiert als unser Milizparlament?**

**German Eyer:** Im Verfassungsrat laufen die Debatten ganz anders ab als im Grossen Rat. Während im Grossen Rat mehr Parteipolitik betrieben und teils auf den Mann gespielt wird, verlaufen die Debatten im Verfassungsrat sachlicher. Das ist ein ganz anderes Niveau.

**Romano Amacker:** Ich bin nicht ganz deiner Meinung, German. Auch im Verfassungsrat haben die Parteien eine prägende Rolle. Es ist illusorisch zu denken, man könne vollkommen losgelöst von jeglicher Politik eine neue Verfassung ausarbeiten. Der Verfassungsrat ist



schliesslich ein politisches Gremium.

*German Eyer:* Für die Parteisoldaten der SVP ist er das vielleicht.

## «Dass der aktuelle Verfassungsentwurf links ist? Da hätte ich als linker Politiker schon noch andere Vorschläge...»

**German Eyer**

Fraktionschef Zukunft Wallis (SPO)

*Romano Amacker:* Ich bin kein Soldat, ich bin der Präsident.

**Im Abstimmungskampf war es vor allem die SVPO, die sich gegen die Schaffung eines Verfassungsrats ausgesprochen hat. Nun muss die Partei in einem Gremium politisieren, das sie nie gewollt hat. Besteht die Rolle der SVPO vor allem darin, Opposition zu machen?**

*Romano Amacker:* Überhaupt nicht, wir haben uns engagiert eingebracht. So wurde dank der SVPO erstmalig der Tourismus in der Verfassung verankert. Überdies verlangten wir erfolgreich eine Regulierungsbremse, eine dezentrale Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und die Förderung der lokalen Produktion. Die SVPO hat im Verfassungsrat einiges für die Bürgerinnen und Bürger erreicht.

**Mit dem bisher Erreichten kann die SVPO aber nicht zufrieden sein. Obwohl die Linke nur 41 der 130 Mandate besetzt, ist der Verfassungsentwurf, der jetzt in die Vernehmlassung geht, nicht gerade bürgerlich-konservativ geprägt. Stichworte Elternzeit, Klimaneutra-**

**lität, Entschädigung für betreuende Angehörige...**

*Romano Amacker:* Das ist leider so. Der linksliberale Verfassungsrat will den Sozialstaat und den Staatsapparat massiv ausbauen. In der neuen Verfassung finden sich viele linke Postulate. Wenn man das Abstimmungsverhalten der FDP und CVPU beobachtet, ist das aber nicht überraschend. Diese beiden Parteien haben solchen Vorschlägen immer wieder zu Mehrheiten verholten. Die SVPO hingegen hat sich dagegen ausgesprochen und bedauert diese Beschlüsse.

*German Eyer:* Manchmal habe ich schon das Gefühl, ich sei im falschen Film. Wir sprechen hier von einem klar bürgerlich dominierten Verfassungsrat, in dem das linke Lager niemals die Mehrheit hat. Ja, wenn mit «linksliberal» zukunftsgerichtet, offen und über die eigene Nasenspitze hinaus gedacht gemeint ist, dann mag das so sein. Aber dass der aktuelle

## «Die Sensibilität für die finanziellen Auswirkungen muss im Verfassungsrat noch geschärft werden.»

**Flavio Schmid**

Fraktionschef CSPO

Verfassungsentwurf links ist? Da hätte ich als linker Politiker schon noch andere Vorschläge...

**Trotzdem: Wer vor zwei Jahren die parteipolitische Zusammensetzung des Verfassungsrats gesehen hat, hätte wohl nicht mit dem heutigen Entwurf gerechnet. Ist der Rat weniger konservativ als angenommen?**

*Matteo Abächerli:* Viele kontrovers dis-

kutierten Neuerungen betreffen die Aufgaben des Staates. Diese entsprechen zwangsläufig eher dem linken oder linksbürgerlichen Lager. Dort möchte man mehr Staat, während die CVPO lieber auf weniger Staat und mehr Eigenverantwortung setzt. Wichtig ist jetzt zu schauen, welche dieser Artikel wirklich benötigt werden, und welche Ideen zu spezifisch oder einem aktuellen Hype geschuldet sind. Diese müssen wir wieder aus dem Entwurf entfernen. Es kann auch nicht sein, dass im Bereich Soziales viermal so viele Artikel wie im Bereich Wirtschaft vorgesehen sind. Hier liegt noch viel Feinarbeit vor uns.

*Romano Amacker:* Ich denke auch, dass im vorliegenden Entwurf vieles nicht verfassungswürdig ist. Detailbestimmungen gehören nicht in eine Verfassung. Zudem hat der Verfassungsrat viele Normen aus der Bundesverfassung kopiert. Im Sinne einer schlanken und pragmatischen Kantonsverfassung hat die SVPO vergebens appelliert, auf diese Wiederholungen zu verzichten, da die Bundesverfassung ohnehin Gültigkeit hat. Was mir zu denken gibt: Die neue Verfassung wäre Stand heute fast doppelt so umfangreich wie die bisherige.

**Sehen Sie das genauso, Herr Eyer?**

*German Eyer:* Ich habe mich bewusst dafür eingesetzt, die Türen möglichst weit geöffnet zu lassen. Ideen unter Verweis auf die Bundesverfassung abzublocken, hätte mich in dieser Phase der Verfassungsgebung nicht richtig gedünkt. Selbstverständlich wird der Entwurf noch stark gesiebt, weshalb er sich am Ende sehr von dem unterscheiden wird, was jetzt auf dem Tisch liegt. Letzten Endes bleibt vielleicht noch die Hälfte übrig.

*Matteo Abächerli:* An German: Wenn man aber am Anfang zu breit fährt, besteht das Risiko, dass jeder etwas findet, was ihm nicht passt. Dann schürt das Verfassungsprojekt rasch negative Emo-



tionen, während positive Aspekte vielleicht übersehen werden. Und je länger die Stimmung negativ ist, desto schwieriger wird es, die Verfassung an der Urne durchzubringen.

### **Apropos: Täuscht das Gefühl, dass der Verfassungsrat im Oberwallis einen schwereren Stand hat als im französischsprachigen Kantonsteil? Woran liegt das?**

*German Eyer:* Bezüglich der Einstellung zum Verfassungsrat gibt es Unterschiede, das lässt sich nicht wegdiskutieren. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sich die Gesellschaft im Unterwallis in den letzten Jahren viel mehr geöffnet hat als im Oberwallis. Sämtliche Abstimmungen und Wahlen zeigen es: Die Unterwalliser sind liberaler, die Oberwalliser konservativer. Demzufolge kann man dem jetzt vorliegenden Entwurf einen gewissen offenen Geist nicht absprechen – weshalb das Oberwallis dem Verfassungsrat mit mehr Skepsis begegnet.

*Matteo Abächerli:* Zudem interessierten sich die Unterwalliser schon vor der Abstimmung über den Verfassungsrat viel stärker für dieses Gremium als die Oberwalliser. Bei uns fand faktisch keine Debatte zur neuen Verfassung statt. Entsprechend sind nun auch die Reaktionen im Oberwallis zurückhaltender.

### **Auch bleibt vieles unklar. Etwa, was die Dauer der geplanten Elternzeit angeht. Dabei hat das Oberwallis vor Kurzem den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub recht deutlich abgelehnt. Ist die Bevölkerung bereit, eine solch progressive Verfassung anzunehmen?**

*Romano Amacker:* Der Verfassungsrat ist dabei, eine Verfassung zu schreiben, die den Ansichten der Oberwalliser Bevölkerung widerspricht. Das vorliegende Resultat ist unbefriedigend. Die linksliberalen Parteien beabsichtigen, den Walliserinnen und Wallisern viele

Ideen, die einzeln für sich genommen niemals mehrheitsfähig wären, über den Weg einer neuen Kantonsverfassung aufzuzwingen.

*Flavio Schmid:* Der Verfassungsrat hat einige interessante Themen aufgegriffen, so etwa eine konkrete Dezentralisierungsstrategie, die verbindliche Förderung lokaler Kompetenzen und Ressourcen oder die Stärkung der deutschen Sprache. Bei den politischen Dimensionen hat das Oberwallis einen schweren Stand, weshalb der auf dem Tisch liegende Entwurf im Oberwallis aktuell wohl kaum mehrheitsfähig ist.

*German Eyer:* Wenn ein Gesamtpaket auf dem Tisch liegt, kann man x Punkte herauspicken, mit denen man nicht zufrieden ist. Darum geht es schlussendlich um das Gesamtpaket, nicht nur um eine Elternzeit.

### **Zu diesem Gesamtpaket gehört bislang aber auch, dass für das Oberwallis kein Minderheitenschutz vorgesehen ist, etwa bei Stände-, Staats- und Grossratswahlen. Muss der Rat nochmals auf diesen Punkt zurückkommen, damit die Verfassung auch im Oberwallis angenommen wird?**

*Romano Amacker:* Das Oberwallis hat einen berechtigten Anspruch auf zwei Staatsräte und einen Ständerat. Dieses bislang ungeschriebene Recht muss aus Sicht der SVPO zwingend in der neuen Verfassung verankert werden. Generell vermisse ich im Verfassungsrat die Sensibilität für die regionalen Besonderheiten. So beantragte die SVPO, dass Gemeinden wie Zwischbergen oder Oberems weiterhin drei Gemeinderäte haben können. Doch unser Appell zugunsten der Gemeindeautonomie war vergeblich. Der Verfassungsrat will, dass neu alle Gemeinden mindestens fünf Gemeinderäte haben müssen. Für mich unverständlich.

*Flavio Schmid:* Wir müssen mit den Unterwallisern einen Konsens finden und dann ein Paket schnüren, das von der Gesamtbevölkerung getragen wird. Im Verfassungsrat ist vielfach die Rede von der kantonalen Einheit. Damit dies nicht zum Lippenbekenntnis verkommt, müssen hierbei auch konkrete Taten folgen. Persönlich wäre ich für garantierte zwei der neu sieben Staatsratssitze. Was den Ständerat betrifft, so bin ich der Überzeugung, dass es für das Wallis von grossem Mehrwert ist, auch eine deutschsprachige Vertretung nach Bern zu schicken.

**Die Linke sieht das aber anders...**

**«Da müsste man sich fragen, ob der Rest der neuen Verfassung so gut ist, dass es Sinn machen würde, sie anzunehmen.»**

**Matteo Abächerli**  
Fraktionschef CVPO

*German Eyer:* Einen Minderheitenschutz oder eine Quote befürworte ich nicht. Das wäre im Verfassungsrat auch nicht mehrheitsfähig. Ein Punkt, den man nochmals diskutieren kann, ist dagegen der Wahlmodus für den Grossen Rat. Werden die Sitze wie neu vorgesehen nach ständiger Wohnbevölkerung (Anmerkung der Redaktion: statt nur nach Schweizer Wohnbevölkerung) verteilt, dann verliert das Oberwallis drei bis vier Sitze. Über diesen Punkt kann man sicher noch einmal sprechen.

*Flavio Schmid:* Die Haltung der SPO in Bezug auf Minderheiten überrascht mich immer wieder. In gesellschaftspolitischen Fragen setzt sie sich für Min-



derheiten ein – die Oberwalliser werden dann aber nicht als solche akzeptiert. Die CSPO und die anderen bürgerlichen Parteien im Oberwallis kämpfen ohne die Linke für mehr politisches Gehör im französischsprachigen Kantonsteil.

### Werden die welschen Kollegen denn überhaupt nochmals auf das Thema zurückkommen wollen?

*German Eyer:* Davon gehe ich definitiv aus. Nach der Vernehmlassung werden sich die Kommissionen wieder mit dem Thema beschäftigen. Es wurden hier viele Entscheide getroffen, die sehr knapp ausfielen.

*Matteo Abächerli:* Viele Unterwalliser Kollegen waren sich überhaupt nicht bewusst, dass das Oberwallis drei bis vier Sitze verliert, wenn man statt der Schweizer Wohnbevölkerung die ständige Wohnbevölkerung als Grundlage für die Sitzzuteilung heranzieht. Dabei wären das mehr als zehn Prozent unserer Grossräte, die auf einen Schlag fehlen würden. Da müsste man sich dann schon fragen, ob der Rest der neuen Verfassung wirklich so gut ist, dass es fürs Oberwallis immer noch Sinn machen würde, diese anzunehmen. Ich glaube, das werden auch die Unterwalliser Kollegen einsehen, denn klar ist: Eine Verfassung, die im Unterwallis angenommen und im Oberwallis abgelehnt wird, wäre der Super-GAU und für das innerkantonale Verhältnis katastrophal.

### Ein weiteres heikles Thema sind die Finanzen. Eine Elternzeit, die Erweiterung der Regierung um zwei Staatsräte und Departemente, die Einrichtung neuer Gerichte usw. werden eine schöne Stange Geld kosten. Wie viel?

*Flavio Schmid:* Die Erweiterung der Regierung oder zusätzliche Gerichte sind unweigerlich mit Mehrkosten verbun-

den, einem uferlosen Ausbau des Staatsapparates stehe ich kritisch gegenüber. Eine Elternzeit oder das Ziel der Klimaneutralität umzusetzen, obliegt der Gesetzgebung. Hier muss bei der Ausarbeitung der Gesetze die Balance zwischen den Mehrkosten und dem daraus resultierenden Mehrwert gefunden werden.

### Man kann aber davon ausgehen, dass die neue Verfassung – Stand heute – deutlich mehr kosten würde.

*Flavio Schmid:* Die Sensibilität für die finanziellen Auswirkungen muss im Verfassungsrat noch geschärft werden. Mehrfach habe ich im Rat kritisiert, dass man sich zu wenig vor Augen führt, welche finanziellen Auswirkungen gewisse Artikel haben. Man spricht von einem Rechnungshof, von zusätzlichen Staatsräten, mehr Gerichten, dem Ausbau gesellschaftspolitischer Instrumente. Das sind alles Dinge, die einen Preis haben und bei denen man sich auch die Grundsatze Frage stellen müsste, was überhaupt finanzierbar ist. Somit müssen die finanziellen Auswirkungen gewisser Entscheide sicher noch vertiefter untersucht werden, was bestimmt auch einen Einfluss auf das künftige Abstimmungsverhalten im Rat haben wird.

*German Eyer:* Die Frage ist nicht, ob wir uns etwas leisten können, sondern ob wir uns etwas leisten wollen! Finanzpolitik ist ein Verteilen. Es gäbe ja auch Posten, wo man sparen könnte. Allerdings bin auch ich gegen die Vergrößerung der Regierung auf sieben Staatsräte. Ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit des Stimmvolks genau diesem Aspekt viel Gewicht beimisst und nur wegen diesem einen Punkt Nein stimmen würde.

*Romano Amacker:* Mit den Vorschlägen,

«Der Verfassungs-

## rat ist dabei, eine Verfassung zu schreiben, die den Ansichten der Oberwalliser widerspricht.»

**Romano Amacker**

Parteipräsident SVPO

die heute vorliegen, wird die Verfassung teurer. Ich behaupte sogar, dass der momentane Verfassungsentwurf nicht finanzierbar ist. Ich bin froh, dass es uns entgegen gewisser Bestrebungen wenigstens gelungen ist, die doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse beizubehalten.

### Wagen wir eine Halbzeitprognose: Wird das Stimmvolk die neue Verfassung letzten Endes annehmen?

*German Eyer:* Das Produkt, das jetzt auf dem Tisch liegt, ist noch nicht abstimmungsreif.

*Matteo Abächerli:* Wobei viele der Ideen, die nun vorliegen, Dinge sind, mit denen wir uns in Zukunft so oder so auseinandersetzen müssen. Selbst wenn die neue Verfassung abgelehnt werden sollte, sind diese nicht abgewendet. So beschäftigt sich derzeit etwa auch der Grosse Rat mit den Wahlmodalitäten für den Ständerat oder mit der Zukunft der KESB. Es geht jetzt darum, die Ergebnisse der Vernehmlassung abzuwarten und dann mit nüchternem Blick an einer mehrheitsfähigen Verfassung weiter zu arbeiten.

Hinweis: SVPO-Fraktionschef Michael Kreuzer war verhindert. Er wird hier vertreten durch Verfassungsrat und Neo-Parteipräsident Romano Amacker.



Matteo Abächerli, CVPO: «Noch viel Feinarbeit vor uns.»



Romano Amacker, SVPO: «Nicht finanzierbar.»

Bilder: pomona.media/Andrea Soltermann